



26. November 2019 - Pressemitteilung der Bürgerinitiative NoMoorGas:

NoMoorGas appelliert an die niedersächsische Landesregierung, nach dem Erdbeben im Landkreis Verden, den Ausstieg aus der Erdgas- und Erdölförderung einzuleiten.

Erneute Ursache für die Beben in unserem dicht besiedelten Landkreis, ist die Erdgasförderung. Das Unternehmen Wintershall Dea hat sich durch ihren Pressesprecher schon öffentlich als Verursacher bekannt und für die „Unannehmlichkeiten“ entschuldigt. Diese "Unannehmlichkeiten" sind: Die Menschen in den betroffenen Gebieten sind erschrocken und verängstigt. Über Gebäudeschäden gibt es noch keine abschließenden Berichte. Die Wertminderung ihrer Gebäude und Grundstücke in einem Erdbebengebiet entsteht jedoch schon ohne sichtbare Risse. Weitere Erdbeben entstehen unter Umständen erst viele Jahre oder Jahrzehnte nach Beginn der Erdgasförderung.

Die Erdbebenschäden in ähnlich besiedelten Gebieten der Niederlande, hier beläuft sich die Zahl der Schadensersatzforderungen mittlerweile auf 68.000, haben bereits zu einem Ausstiegsfahrplan geführt. Die Erdgasförderung in den Niederlanden wird bis 2022 komplett eingestellt. Erdbeben führen aktuell auch in England zum Frackingstopp.

Ebenfalls verursacht durch das Unternehmen Wintershall Dea, sind bei der Erdölförderung in Emlichheim, Grafschaft Bentheim, zwischen 2014 und 2018 bis zu 220.000 Kubikmeter toxisches Lagerstättenwasser unbemerkt ins Erdreich gelangt. Der vermeintlich größte Umweltschaden, der in Deutschland durch die Erdölförderung infolge von Spaltkorrosionen entstanden ist. Wie beschädigt werden die zum Teil Jahrzehnte alten Erdgas- Erdöl- und Lagerstättenwasserleitungen und Rohre durch vermehrte zukünftige Erdstöße?

Die Grünen im Landtag haben per Anfrage vom Wirtschaftsministerium eine Schadensliste der Öl- und Gasförderung in Niedersachsen erstellen lassen. Zitat der Pressemitteilung der Grünen: „Die von uns eingeforderte Liste der Störfälle bei Gas- und Ölbohrungen steht im krassen Gegensatz zur Risikoeinschätzung der Landesregierung: Leckagen sind eben keine Einzelfälle. Die nun vorliegende Liste nennt 149 Schadensfälle der Öl- und Gasförderung in den vergangenen 10 Jahren.“ (PM der Grünen im Landtag vom 25.11.2019).

Wie sicher ist dann noch die Trinkwasserversorgung im Landkreis Verden und großen Teilen der Stadt Bremen durch die Rotenburger Rinne und das Wasserwerk am Panzenberg in Scharnhorst? Wer haftet für entstehende Ewigkeitskosten und Ewigkeitslasten?

Ist die Öl- und Gasindustrie wirtschaftlich in Niedersachsen wirklich noch so wichtig, dass man der Bevölkerung dafür derartige Risiken zumutet? Wir unterstützen den zunehmenden Widerstand gegen eine Industrie, die lange hätte durch klima-, menschen- und umweltfreundlichere Energiegewinnung abgelöst werden sollen.

Wir fordern einen Ausstiegsplan aus der Erdgas- und Erdölförderung, keine neuen Genehmigungen für Förder- oder Probebohrungen oder seismische Messungen. Ein Stopp von Subventionen für fossile Brennstoffe, stattdessen längst fällige Investitionen in erneuerbare Energien.